bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 11 | 25. Mai 2007

Rechte Szene 2

Zerrissene Parteien
Das rechtspopulistische Spektrum ist von einer politikfähigen Einheit weit entfernt.

„Zukunft statt Globalisierung“
Der Protest gegen den G8-Gipfel verbindet NPD und Freie Kameradschaften.

Unauffällig bürgerlich
Führende Neonazis im Berliner Speckgürtel – der Verfassungsschutz warnt vor der Strategie der NPD.

Friedensbewegte
Neonazis wollen Begegnungen zwischen deutscher und russischer Jugend.

Gastbeitrag 5

Jenseits von Weikersheim
Die Neue Rechte auf der Suche nach Alternativen.

Verfassungsschutz 7

Alarmzeichen
Der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Bundes bilanziert ein drastisches Anwachsen der rechtsextrem motivierten Gewalt sowie großen Zulauf für NPD und Neonazis.

Warnung vor Verharmlosung
Neonazis und die NPD bilden in Hamburg nach wie vor das „Gravitationszentrum des Rechtsextremismus“.

Ausland 9

„Herkunftsfranzosen“
Der rechtsextreme Front National will den Wahlkampf dieses Mal mit „Inländerbevorzugung“ bestreiten.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Massaker aus Rache
Vor 65 Jahren machten die Nazis den Ort Lidice dem Erdboden gleich – die Bevölkerung wurde ermordet oder deportiert.

Meldungen 11

Rechte Szene

Zerrissene Parteien

Das rechtspopulistische Spektrum ist von einer politikfähigen Einheit weit entfernt.

„Kappel endgültig gescheitert!“, jubelt der Bundessprecher der Deutschen Partei, Gottfried Burischek, auf der Homepage der DP. Die Meldung hat zwei kleine Schönheitsfehler. Erstens datiert sie bereits vom 2. März 2006; seither blieb die Homepage unverändert. Und zweitens ist sie auch inhaltlich nicht richtig: Heiner Kappel, einst FDP, dann Bund freier Bürger, dann Deutsche Partei und deren Vorsitzender, bis er Anfang 2005 abgesetzt und ausgeschlossen wurde, zuletzt Kandidat von „Bremen muss leben“, mischt immer noch mit, wenn es um die DP geht.

Kappel erreichte die Absage eines für den 1. April 2007 geplanten Parteitages, zu dem seine Nachfolger Claudia Wiechmann und Ulrich Pätzold eingeladen hatten. Und inzwischen darf er sich wieder selbst Bundesvorsitzender nennen. Dies ist Ergebnis eines Vergleichs, den Wiechmann/Pätzold und Kappel vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden schlossen. Vereinbart wurde darin auch ein Mitgliederparteitag, der Ende Juni in Fulda stattfinden soll. Doch Frieden ist mit dem Vergleich nicht eingekehrt in die wenige hundert Mitglieder zählende Partei. Kappel fühlt sich wieder obenauf, will bei der Vorbereitung des Parteitags auf einer Augenhöhe mit seinem Nachfolgerduo agieren. Doch Wiechmann und Pätzold beharren – Vergleich hin oder her – darauf, dass Kappel gar kein Mitglied mehr sei.

Zu einem Abgleich der für den Parteitag benötigten Mitgliederlisten zwischen dem Schatzmeister der Kappel-Seite, Hans-Erich von Bodenhausen, und dem der Wiechmann/Pätzold-Seite, Manfred Saur, ist es bis Mitte Mai nicht gekommen, weil man sich nicht auf einen Termin verständigen konnte. Der nächste Gang vors Gericht scheint vorgezeichnet und der Parteitag in Gefahr. An der Neigung zur Großspurigkeit ändert das aber nichts. In einem „Informationsrundbrief zur Lage der Partei“ der Wiechmann/Pätzold-Seite vom 17. Mai heißt es, die DP lasse sich auf ihrem „Erfolgsweg“ auch von „durchgeknallten ehemaligen Mitgliedern“ nicht stoppen. Und dann wird der Boden der Realität vollends verlassen: „Die Partei wird die reaktionären Irrlichter der Vergangenheit endgültig besiegen, sie wird sich von den Hochverrätern und Parteispaltern in den eigenen Reihen trennen und den Weg der nationalen Erneuerung Deutschlands konsequent weitergehen.“

Realitätsverlust kennzeichnet aber nicht allein die DP. Republikaner-Chef Rolf Schlierer sieht seine Partei, die zuletzt in Bremen nicht über 0,53 Prozent hinauskam, nach wie vor auf Erfolgskurs. Eines seiner Ziele hat er tatsächlich erreicht. Im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Bundes werden die Republikaner nicht mehr als verfassungsfeindlich eingestuft. Erwähnung finden sie lediglich noch als Fußnote: „Hinsichtlich der REP insgesamt liegen derzeit keine hinreichend gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor, die eine gesonderte Darstellung im Verfassungsschutzbericht unter der Rubrik ‚Parteien’ veranlasst erscheinen lassen. Innerhalb der Partei gibt es jedoch nach wie vor Kräfte, die rechtsextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen.“ Ihre Mitgliederzahl sank im Übrigen weiter: Von 7500 (2004) und 6500 (2005) auf nur noch 6000 im vorigen Jahr. Und nach dem Parteitag vom Dezember 2006 haben weitere Schlierer-Gegner die Partei verlassen.

Realitätsverlust, Beispiel 3: „Alles deutet darauf hin, dass wir bei den Bürgerschaftswahlen einen großen Sieg einfahren“, hatten Die Deutschen Konservativen, die mit ihrem Ableger „Bremen muss leben“ kandidierten, vier Tage vor der Wahl getönt. „Wir liegen jetzt schon bei 13 Prozent“, fantasierte ihr Spitzenkandidat Joachim Siegerist in einem Bettelbrief an potenzielle Unterstützer. Am Ende waren es 1,63 Prozent. Woran es lag, wissen die „Konservativen“ auch: „Es fehlte die Personalisierung. Der Wahlkampf hätte mehr auf Joachim Siegerist ausgerichtet werden müssen.“

Die schlechte Nachricht der Bremen-Wahl: Rechtsaußen-Gruppen kamen insgesamt auf knapp sechs Prozent. Die gute Erkenntnis der letzten Wochen: Zu einer politikfähigen Einheit werden sie wegen ihrer internen Zerrissenheit, der Eitelkeiten der Parteihäuptlinge, wegen unterschiedlicher Konzepte und fehlender Realitätsnähe auf absehbare Sicht nicht werden.

Tomas Sager

„Zukunft statt Globalisierung“

Der Protest gegen den G8-Gipfel verbindet NPD und Freie Kameradschaften.

Nicht nur linke Globalisierungskritiker, sondern auch rechte -Gegner bereiten sich auf den G8-Gipfel vor, der am 6. und 7. Juni in Heiligendamm stattfinden soll. Die NPD hatte in den letzten Wochen bei zwei „bundesweiten nationalen Aktionstagen gegen den Gipfel der Globalisierer“ mit Infoständen und Kundgebungen in verschiedenen Städten Präsenz gezeigt. Mit einem eigenen Faltblatt unter dem Titel „Globalisierung stoppen“ und einer Kampagnenzeitung, auf der das Motto „Jetzt reicht's – Zukunft statt Globalisierung“ prangte, hat die NPD im Schulterschluss mit Freien Kameradschaften ihre Propaganda gegen den G8-Gipfel unter die Menschen gebracht.

Die zentrale Mobilisierung der Rechten konzentriert sich auf den 2. Juni in Schwerin. In der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern will die NPD Präsenz zeigen. „Hier sind die Augen der Weltöffentlichkeit auf Mecklenburg-Vorpommern gerichtet und damit auch auf unsere junge Fraktion im Schweriner Landtag. Wir werden alles daran setzen, um mit unserer Demonstration ein kraftvolles Zeichen gegen die Globalisierung zu setzen“, erklärte der NPD-Sprecher Klaus Beier: Schon in den vergangenen Wochen wurden viele Aktivitäten von NPD und Freie Kameradschaften mit dem Zusatz „gegen Globalisierung“ versehen. So organisierten in Wiesbaden Freie Kameradschaften gemeinsam mit der NPD am 12. Mai eine Mahnwache gegen den G8-Gipfel. Auch bei den verschiedenen rechtsextremen Demonstrationen am 1. Mai stand der Kampf gegen den G8-Gipfel im Vordergrund.

Über die Homepage http://www.gib8.org/ mobilisieren die Rechtsextremisten für ihre „Kampagne des nationalen Widerstands gegen den G8-Gipfel“. Das ging wohl nicht ohne Querellen zwischen der NPD und den parteilosen Kameradschaften ab. Mittlerweile hat die NPD ausdrücklich betonen müssen, dass die Homepage entgegen mancher Meldungen nicht nur von der Partei, sondern von einem rechtsextremen Bündnis betrieben wird. Als Unterstützer der Kampagne „Zukunft statt Globalisierung“ sind neben diversen Untergliederungen von NPD und Jungen Nationaldemokraten auch zahlreiche Freie Kameradschaften, die Vereinigten Nationalisten Nordost aus Berlin, die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ sowie als Einzelperson der braune Barde Frank Rennicke aufgeführt.

Neben der eigenen Demonstration in Schwerin wollen sich die Rechtsextremisten nach einem Bericht der „Ostseezeitung“ auch unter die Massenproteste der globalisierungskritischen Bewegung am 2. Juni in Rostock mischen. Die NPD Mecklenburg-Vorpommern hat diese Aussagen im Kern nicht bestritten. Sie wehrt sich nur vehement dagegen, mit linken Autonomen auf eine Stufe gestellt zu werden. „Selbstverständlich ist es nicht ausgeschlossen, dass sich vereinzelt auch Nationalisten an den Protesten gegen den G8-Gipfel in Rostock beteiligen werden. Es ist jedoch absurd, diese bereits im Vorfeld für Randale und Sachbeschädigungen an Privateigentum verantwortlich machen zu wollen.“

Mit dieser Aussage will sich die NPD als gesetzestreue G8-Gegnerin hinstellen. Im Gegensatz dazu werden linke Globalisierungskritiker von der NPD als Krawallmacher hingestellt. So heißt es in einer Erklärung der NPD Mecklenburg-Vorpommern. „Die nationale und soziale Opposition bekennt sich klar gegen sinnlose, erlebnisorientierte Gewalt. Auch ist ihr Ansatzpunkt des Protestes ein anderer. Nicht eine Kultur von 'Wanderdemonstranten' kann die Globalisierung stoppen, sondern nur die Veränderung der maßgeblich dafür verantwortlichen Regierungen und Nationalstaaten. Daher wird am 2. Juni die NPD zusammen mit vielen parteiungebundenen Kameraden in Schwerin demonstrieren und sich nicht geschlossen an den Protesten in und um Rostock beteiligen.“ Damit schließt die NPD aber explizit nicht aus, dass sich Teile der rechtsextremen Szene an den Aktionen in Rostock beteiligen wollen.

Die Rechtsextremisten planen schon über den Gipfel hinaus. So ist für den 9. Juni ein weiterer „nationaler Aktionstag“ gegen Globalisierung geplant. Knapp einen Monat nach den G8-Gipfel, am 7. Juli, plant die NPD im Rahmen ihrer Antikapitalismuskampagne eine Demonstration in Frankfurt/Main. Dort soll die Schließung der Börse und der Erhalt des Sozialsystems nur für Deutsche gefordert werden.

Peter Nowak

Unauffällig bürgerlich

Führende Neonazis im Berliner Speckgürtel – der Verfassungsschutz warnt vor der Strategie der NPD.

Nach Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen versucht die NPD nun auch in Brandenburg stärker Fuß zu fassen. Im Berliner „Speckgürtel“ haben sich zahlreiche Größen der rechtsextremen Szene niedergelassen und fallen vor allem durch eins auf – unauffällige Bürgerlichkeit. Wie etwa Stella Palau, im NPD-Vorstand für das Referat Familie zuständig und Pressesprecherin des im September 2006 gegründeten Rings Nationaler Frauen. Palau lebt gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten, dem „nationalen Liedermacher“ und NPD-Vorstandsmitglied Jörg Hähnel, in Hohen Neuendorf. Im Familienzentrum war Palau sogar die Leitung des monatlichen Mütterfrühstücks angediehen worden. Vor wenigen Monaten ist Palau als NPD-Funktionärin von einer Lokalzeitung enttarnt worden.

Im Nachbarort Birkenwerder wohnt Wolfram Nahrath, letzter Vorsitzender der 1994 verbotenen Wiking-Jugend. Nahrath gehört dem Deutschen Rechtsbüro an, dass unter der Adresse des ebenfalls dort ansässigen Anwalts und Aktivisten des rechtsextremen Spektrums Richard Miosga firmiert. Das Deutsche Rechtsbüro tritt für straffällig gewordene „nationale Deutsche“ in Aktion, vermittelt Rechtsanwälte und erteilt Rechtsauskünfte. Wenige Kilometer entfernt – in Oranienburg – ist Brandenburgs NPD-Vize Detlef Appel ebenso wie Thomas Salomon, Sprecher der Landespartei und Lehrgangsleiter des Bundesvorstands, zuhause.

Der brandenburgische Verfassungsschutz geht von einem gezielten Vorgehen aus und blickt mit Sorge auf die anstehenden Kommunalwahlen im Jahr 2008: Die „Causa Palau“ bestätige die bundesweite NPD-Strategie, sich über das Engagement in den Kommunen einen bürgerlichen Anstrich zu geben. So hatte Jörg Hähnel in den 1990er Jahren in Frankfurt/Oder „deutsche“ Eichen gepflanzt und in Altenheimen gesungen. In Mecklenburg-Vorpommern und in der Sächsischen Schweiz ist der Plan der Neonazis zur „Unterwanderung demokratischer Strukturen“ bereits aufgegangen. Auch in Oberhavel funktioniert die Infrastruktur der Rechtsextremen gut: Von hier aus wird der Landesverband verwaltet, hier fand im vergangenen Jahr der Landesparteitag statt, der Kreisverband ist mit etwa 50 Mitgliedern der zweitstärkste in der Mark und hat sogar eine Frauen- und Familienbeauftragte. Berlin liegt vor der Haustür.

Die NPD will 2008 flächendeckend in Brandenburg Kandidaten zur Wahl aufstellen. Verfassungsschützer vermuten, dass mangels geeigneter Kandidaten nun Rechtsextremisten, die überwiegend in Berlin tätig sind, ihre Dienste der Brandenburger Partei anbieten. Auch Palau schließt eine Kandidatur nicht mehr aus, nachdem der Kreisverband sie darum gebeten hatte. Für die NPD in Oberhavel sei Palau nach deren Enttarnung „inzwischen eine erstrangige Sympathieträgerin“, so Landessprecher Salomon.

Palau ist auch bei der Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF) aktiv. Berlin-Brandenburg zählt zu den stärksten Regionalverbänden von RNF und GDF. Jörg Hähnel – der als Bindeglied zwischen Partei und der gewaltbereiten rechten Szene gilt – betätigt sich bei der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). GDF und HDJ organisieren gemeinsam den jährlichen Märkischen Kulturtag, bei dem eine Journalistin in Blankenfelde im vergangenen Jahr von Neonazis angegriffen worden war. Auch Nahrath war bei dem Treffen der Rechtsextremisten gesichtet worden. Zudem stärkt die NPD mit Hähnel die Achse Schwerin-Berlin: Er ist im Landtag Mecklenburg-Vorpommern nach Angaben von Fraktionssprecher Peter Marx für den Internetauftritt und die Öffentlichkeitsarbeit der sechs Abgeordneten unter Udo Pastörs zuständig.

An ihre Erfolge in Schwerin und Dresden möchte die märkische NPD mit bewährten Mitteln anknüpfen: vor allem durch bürgerliches Auftreten. Landeschef Klaus Beier, der auch Bundessprecher ist, kündigte für dieses Jahr eine aggressivere Strategie gegenüber den etablierten Parteien an. Wenn die NPD für ihre Treffen keine Säle bekomme, würden die Mitglieder verstärkt bei Veranstaltungen anderer Parteien auftreten. Auch wolle er mit Familienfesten und Fußballturnieren in der Öffentlichkeit „verstärkt Gesicht zeigen“. In Rathenow hat die Partei einen eigenen Fußballverein gegründet und Wettkämpfe ausgetragen; Rechtsextremisten aus verbotenen Kameradschaften geben sich in der Kleingartenkolonie als gewöhnliche Nachbarn.

Alexander Fröhlich

Friedensbewegte

Neonazis wollen Begegnungen zwischen deutscher und russischer Jugend.

Am 31. März 2007 fand in einer Gaststätte im thüringischen Hildburghausen, Ortsteil Pfersdorf, die Gründungsfeier der „Deutsch-Russischen Friedensbewegung Europäischen Geistes e.V." (DRFEG e.V.; Sitz: Arnstadt) statt. Vor Ort waren rund 90 Personen. Geladen hatte neben der DRFEG auch die rechtsextreme Heimattreue Deutsche Jugend/Thüringen. Als Redner waren laut Einladung der knasterfahrene einstige Rechtsterrorist Manfred Roeder, der Hamburger NPD-Landesvorsitzende Jürgen Rieger und die österreichische NS-Ikone Herbert Schweiger zugegen. Den musikalischen Rahmen gestaltete der wegen Volksverhetzung vorbestrafte „Kamerad und Volkssänger" Frank Rennicke, einst Mitglied der zwischenzeitlich verbotenen Neonazi-Vereinigung Wiking-Jugend.

Seiner Satzung zufolge strebt der Verein an, im deutschen und im russischen Volk verbreitete gegenseitige Vorurteile zu überwinden. Vorrangig soll dies durch Begegnungen der deutschen und der russischen Jugend geschehen. Gegründet wurde die „Deutsch-Russische Friedensbewegung" am 5. August 2006 in der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt. Der Eintrag in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Arnstadt erfolgte dann am 29. Januar dieses Jahres.

Vereinsvorsitzender ist der einstige SS-Untersturmführer der Division „Leibstandarte Adolf Hitler" Herbert Schweiger, in Österreich wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt. Vizevorsitzender der DRFEG ist der unter anderem wegen Volksverhetzung verurteilte Neonazi Thorsten Heise, im NPD-Bundesvorstand für die „Kooperation freie Kräfte" zuständig. Das Amt des Schatzmeisters übt Steffen Hennrich aus. Schriftführer ist der mehrfach wegen Körperverletzung verurteilte Patrick Wieschke, Landesgeschäftsführer des NPD-Landesverbandes Thüringen. Aktiv für die DRFEG ist auch Marlen Schneider. Im Februar versuchte die Rechtsextremisten vergeblich, in der Gaststätte „Deutscher Hof" in Gräfenoda einen Saal für den Verein zu mieten.

Anton Maegerle

Gastbeitrag

Jenseits von Weikersheim

Von Martin Gerster MdB

Die Neue Rechte auf der Suche nach Alternativen.

Als Scharnier zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus trauert die Neue Rechte den guten alten Zeiten des Studienzentrums Weikersheim hinterher. Das 1979 vom ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger (CDU) gegründete Studienzentrum war immer wieder wegen seiner allzu großen Nähe zum rechtsextremen Spektrum in die Kritik geraten – zuletzt im Zuge der Debatten um die Trauerrede Günther Oettingers (CDU) für seinen umstrittenen Amtsvorgänger.

So war bekannt geworden, dass „Jung Weikersheim", die Nachwuchsorganisation der „konservativen Denkfabrik", den früheren Chef des Kommandos Spezialstreitkräfte der Bundeswehr (KSK) Reinhard Günzel zu einem Vortrag eingeladen hatte. Günzel war seinerzeit von Verteidigungsminister Peter Struck aus der Bundeswehr entlassen worden, nachdem er dem ehemaligen CDU-Abgeordneten Martin Hohmann zu einer als antisemitisch kritisierten Rede gratuliert hatte. Auch Hohmann sollte für „Jung Weikersheim" referieren, die Veranstaltung wurde abgesagt.

Welchen hohen strategischen Wert das Studienzentrum für die so genannte „Neue Rechte" inne hatte, unterstreicht das für den 3. Juni angekündigte 14. Berliner Kolleg des einschlägig bekannten Instituts für Staatspolitik (IFS). So heißt es in der Ankündigung im Internet (www.staatspolitik.de), der Fall Oettinger-Weikersheim habe gezeigt, wie unhaltbar „selbst eine Restsubstanz an konservativen, rechten Standpunkten in der Nähe der Macht" sei. Die Versuche des Zentrums, „seine etwas wildere (man könnte auch sagen: ‚rechtere' oder ‚unabhängigere') Vergangenheit vergessen zu machen", hätten nichts genützt, so die Veranstalter.

Nun scheinen sie auf der Suche nach einer neuen institutionellen Heimat zu sein: „Kein Ort nirgends? Konservative zwischen Zähmung und

Aufbruch“ so der Titel des geplanten Kolloquiums, bei dem neben den IFS-Gründern Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann auch Udo Ulfkotte sowie der Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche referieren sollen.

Nitzsche hatte seine politische Heimat verloren, nachdem er wiederholt durch seine Nähe zu rechtsextremen Positionen („Schuldkult“) aufgefallen war und deshalb die CDU und ihre Fraktion verlassen hatte. So hatte er 2003 zum Wahlverhalten türkischstämmiger Deutscher erklärt, eher werde „einem Moslem die Hand abfaulen, als dass er bei der Christlich-Demokratischen Union sein Kreuz auf den Wahlzettel macht.“ Bein Berliner Kolleg will Nitzsche nun „Geschichten aus der Mitte – Innenansichten der CDU“ zum Besten geben.

Weißmann und Kubitschek verkörpern die intellektuelle Avantgarde der „Neuen Rechten“ und stehen dem Institut für Staatspolitik seit seiner Gründung 2001 vor. Ziel der Einrichtung ist es, als „Plattform für unabhängige Forschung und Bildungstätigkeit“ zu fungieren und „Forschung, Information und Orientierung“ in institutionalisierter Form miteinander zu verbinden, um Einfluss auf die Öffentlichkeit zu gewinnen. Kubitschek ist zugleich Verleger der Edition Antaios, die schwerpunktmäßig die Arbeitsergebnisse des IfS publiziert. Beide sind Autoren in der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF), die eng mit dem IfS und der Edition Antaios verknüpft ist. Das IfS leistet der JF bereitwillig Hilfestellung im Versuch, der mittlerweile missliebigen Zurechnung zur „Neuen Rechten“ zu entkommen. Hinter den Kulissen sucht Kubitschek jedoch weiterhin den Schulterschluss mit den Kräften des rechtsextremen Lagers. So gab Kubitschek der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ im Januar 2007 ein Interview (vgl. bnr, 5.1.2007), in dem er seine Position zur Parteiendemokratie umreißt: „Ich kann die Parteiendemokratie mit ihrem Parteienproporz für die Zerstörung des Gemeinsinns, die Verschwendung horrender Summen, letztlich für die Herrschaft der Schmarotzer verantwortlich machen.“

Weißmann, der als strategischer Vordenker („politische Mimikry“) der neurechten Kreise gilt, soll in Berlin zum Thema „Die Konservativen und die CDU – Sollbruchstellen von der Westbindung bis nach Weikersheim“ sprechen. Kubitschek reflektiert „Nutzen und Nachteil der Unabhängigkeit“. Möglicherweise ein Anzeichen, dass die angekündigten Abgrenzungsversuche der CDU vom neurechten Milieu ernst genommen werden.

Zwar zeichnete sich zwischenzeitlich ab, dass auf den öffentlichen Druck hin Klaus Hornung und Albrecht Jebens, Schlüsselfiguren in der Grauzone zwischen CDU und dem rechtsextremen Spektrum, den Vorstand des Studienzentrum Weikersheim beziehungsweise die das Zentrum fördernde Filbinger-Stiftung verlassen sollten. In einer Pressemitteilung erklärte der seit 2004 amtierende Präsident des Studienzentrums Bernhard Friedmann jedoch, alle Präsidiumsmitglieder der Einrichtung würden ihr Mandat satzungsgemäß bis Mitte 2008 wahrnehmen. Schließlich seien sie „ausgewiesene Demokraten“. In der „Jungen Freiheit“ wetterte der ehemalige Präsident Hornung unterdessen über die „Hexenjagd“ auf sein Studienzentrum und der in seinen Augen vorschnellen Kapitulation der CDU vor einer „antifaschistische(n) Zivilreligion“. Als Reaktion auf die Kritik an den Weikersheimer Verstrickungen hatte die Junge Union ihre Vertreter aus dem Vorstand von Jung-Weikersheim abberufen. Die Mannheimer CDU-Stadträtin Dorothea Beetz schlug ein Stellenangebot als persönliche Referentin von Ministerpräsident Oettinger aus, nachdem öffentlich geworden war, dass sie zu den Gründungsmitgliedern der Zentrumsjugend gehört hatte.

Wenn die angestrebte „Erosion der Abgrenzung“ gegenüber der Union scheitern sollte, müsste sich die Neue Rechte neue Brückenköpfe im konservativ-demokratischen Spektrum suchen. Hier fügt sich der Vortrag von Udo Ulfkotte ein. Der ehemalige FAZ-Journalist referiert zum Thema „Vorstoß in die Lücke – ein neues konservatives Programm“. Nach Informationen von „Spiegel Online“ plant er, eine eigene Partei zu gründen, da sich seiner Ansicht nach immer weniger Christen von der Union vertreten fühlten. Er wolle mit seiner Partei ein klares Bekenntnis zur „christlich-jüdischen Tradition unseres Landes“ abgeben und vermeintliche „Sonderrechte für Muslime“ zurückzudrängen. Als Namen könne er sich „Christlich-Ökologische Partei“ vorstellen. Nicht erst seit seinem Buch „Der Krieg in unseren Städten“ wird ihm vorgeworfen, das Thema Integration und den Umgang mit dem Islam in der westlichen Gesellschaft gezielt zu dramatisieren.

Martin Gerster ist Bundestagsabgeordneter der SPD

Verfassungsschutz

Alarmzeichen

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Bundes bilanziert ein drastisches Anwachsen der rechtsextrem motivierten Gewalt sowie großen Zulauf für NPD und Neonazis.

Mehr als die Hälfte, rund 56 Prozent, des rechtsextremen Personenpotenzials ist mittlerweile dem Spektrum von NPD, Neonazis und Skinheads zuzurechnen. Dies zeigt der aktuelle Bundesverfassungsschutzbericht auf, der am 15. Mai von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) in Berlin vorgestellt wurde.

Größten Zulauf hatte demnach die NPD, deren Mitgliederstand um 1 000 auf 7 000 Personen angewachsen ist. Mit ihrem „'Volksfront-Konzept zwischen parteigebundenen und parteifreien Nationalisten' sowie dem ‚Deutschlandpakt' mit der Deutschen Volksunion" verfolge die NPD „weiterhin das Ziel , eine ‚deutsche Volksbewegung' zu schaffen, in der sie die ‚Kräfte des Aktiv-Potenzials und der finanziellen Ressourcen' bündeln will", heißt es in dem Bericht. Neonazis und NPD hätten sich auch im Jahr 2006 weiter angenähert, durch den Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern vom vergangenen Herbst säßen mindestens zwei Neonazis jetzt erstmals auch in einem Landesparlament, stellt der Verfassungsschutz fest. Große Sorge bereitet Minister Schäuble der wachsende Einfluss von Neonazis in der NPD, wie er vor der Presse in Berlin hervorhob. Neonazis wären mittlerweile in elf der 16 NPD-Landesvorstände vertreten, so Schäuble. Die Jungen Nationaldemokraten scheinen heute, anders als in der Vergangenheit, als Scharnier zur Neonaziszene keine große Rolle mehr in der Partei zu spielen, der Verfassungsschutz attestiert der 350 Anhänger zählenden NPD-Jugendorganisation rückläufige öffentlichkeitswirksame Aktionen. Die JN sind aber bemüht, ihre Organisationsstrukturen zu aktivieren, so wurden im vergangenen Jahr die Landesverbände Thüringen und Niedersachsen neu gegründet, wiederbelebt werden soll in diesem Sommer der nordrhein-westfälische Landesverband. Die Zahl der in überwiegend in 160 Kameradschaften organisierten Neonazis ist dem Verfassungsschutz zufolge auf 4 200 (plus 100) angewachsen. Dem Spektrum der Gewaltbereiten, überwiegend Skinheads, werden nach wie vor 10 400 Personen zugerechnet.

Weitere Mitglieder eingebüßt hat die von dem Münchner Verleger Gerhard Frey dominierte DVU, der im Berichtszeitraum 8 500 (minus 500) Mitstreiter zugerechnet wurden. Nach Ansicht der Verfassungsschützer gelang es der DVU nicht, durch das Bündnis mit der NPD ihre Attraktiviät in der Szene zu erhöhen. Ausgeschlossen wird nicht, dass die DVU zunehmend Mitglieder an die „aktionistischere NPD" verliert. Lediglich am Rande erwähnt der aktuelle Bundesverfassungsschutz noch die an Schwindsucht leidenden Republikaner, deren Mitgliederstand mittlerweile auf unter 6000 zusammengeschmolzen sein dürfte.

Deutlich angestiegen um 14,6 Prozent sind die rechtsextrem motivierten Straftaten im Jahr 2006 auf insgesamt 17 597 Vorkommnisse (2005: 15 361). Besorgnis erregend ist besonders die Zunahme der rechtsextrem motivierten Gewalttaten um 9,3 Prozent auf 1 047 Vorfälle (2005: 958). Davon hatten 484 Delikte (355) einen fremdenfeindlichen und 43 (49) einen antisemitischen Hintergrund; 302 Gewalttaten richteten sich gegen Linke. Der überwiegende Teil der von Rechtsextremisten begangenen Gewaltdelikte waren Körperverletzungen, die um knapp 13 Prozent auf 919 Vorfälle angestiegen sind. Der Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm vermutet, dass die Brutalität der rechtsextremen Täter gewachsen sei, da deren Anzahl gleich geblieben sei, wie er in Berlin betonte. Rechtsterroristische Strukturen sind nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes derzeit nicht erkennbar. Allerdings wurden bei mehreren Durchsuchungsaktionen in der rechtsextremen Szene unter anderem eine Handgranate, eine Sprengstoffvorrichtung, Schusswaffen und Munition gefunden, wird berichtet.

In Relation auf die Einwohnerzahl gerechnet, liegt das Bundesland Sachsen-Anhalt bei den rechtsextrem motivierten Gewaltdelikten an der Spitze, gefolgt von Brandenburg. Berlin ist diesbezüglich aus dem Mittelfeld auf den dritten Platz aufgerückt. In der Hauptstadt ist damit das statistische Risiko, Opfer einer rechtsextremen Gewalttat zu werden, um das Zehnfache höher als in Bremen und fast doppelt so hoch wie in Hamburg.

Gabriele Nandlinger

Warnung vor Verharmlosung

Neonazis und die NPD bilden in Hamburg nach wie vor das „Gravitationszentrum des Rechtsextremismus“.

Weniger Rechtsextremisten, aber deutlich mehr Straftaten – auf diesen Nenner lassen sich die zentralen Erkenntnisse des Hamburger Verfassungsschutzes im Berichtsjahr 2006 bringen.

Nachdem 2005 leichte Zuwächse beim rechtsextremen Personenpotenzial zu verzeichnen waren, stagnierte dessen Gesamtzahl in der Hansestadt bei leicht rückläufiger Tendenz. 2006 zählte das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) insgesamt 540 Rechtsextremisten – 10 weniger als 2005. Zugenommen hat nur die Zahl der Neonazis von 80 auf 85. Zu den Verlierern gehören die DVU (von 170 auf 160 gesunken) und sonstige rechtsextreme Organisationen, deren Anzahl von 65 auf 60 zurückgegangen ist. Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten und Skinheads pendelte sich bei 150 ein, die der NPD-Mitglieder bei 140 – alles wie gehabt.

Dabei bilden laut dem aktuellen Bericht nach wie vor Neonazis und die NPD das „Gravitationszentrum des Rechtsextremismus“. Während die Neonazis an Alster und Elbe mit Erfolg Nachwuchsarbeit betrieben, profitieren die Nationaldemokraten immer noch von dem „Volksfront“-Kurs mit der Öffnung zu anderen rechtsextremen Organisationen wie den Freien Kameradschaften, deren militante Kader jetzt in vielen Fällen mit dem NPD-Parteibuch ausgestattet sind. Doch die Stagnation bei 140 Mitgliedern zeigt, dass die Zusammenführung unterschiedlichster rechter Kräfte nicht unproblematisch ist. Die NPD-Führungskrise, auf deren Höhepunkt die Landesvorsitzende Anja Zysk dem Rechtsanwalt Jürgen Rieger im Februar 2007 Platz machen musste, zeigt die Zerrissenheit der Partei. Nicht nur die Personalie Rieger belegt darüber hinaus die zunehmende Radikalisierung der Partei; dem Landesvorstand gehören nunmehr auch Gefolgsleute der Neonazi- und Skinheadszene Bramfeld und des „Kameradschaftskreises Neonazis in Hamburg“ an.

Mau sieht es dagegen bei der DVU mit ihrem Hamburger Vorsitzenden Günther Schlemmer aus, die bei zunehmender Lethargie kaum öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zuwege brachte. Einzige Ausnahme: die von einem DVUler organisierte „Gedenkveranstaltung“ für die Opfer der Bombenangriffe auf Hamburg. Wie die von ihrem Münchner Chef Gerhard Frey ferngesteuerte Partei den Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl im Februar 2008 bestreiten wird, steht in den Sternen. „Die DVU ist politisch, organisatorisch, personell und finanziell in einem desolaten Zustand“, erklärte LfV-Chef Heino Vahldieck (CDU). Pech, dass im Rahmen des so genannten Deutschlandpakts mit der NPD die Deutsche Volksunion in Hamburg an der Reihe ist, zur Wahl anzutreten.

Größere Sorgenfalten auf die Stirn der Verfassungsschützer sollte eigentlich der starke Gesamtanstieg rechtsextrem motivierter Straftaten und Delikte treiben, was aber nicht der Fall ist. Während die Zahl der fremdenfeindlichen Delikte um 15 auf 51 und die der antisemitischen um vier auf 22 sank, nahmen die Propagandadelikte um 102 auf 288 zu. Die Zahl der Gewalttaten stieg um 9 auf 29 Vorfälle. „Das bedeutet nicht, dass der Rechtsextremismus auf dem Vormarsch ist“, versuchte Innensenator Udo Nagel (parteilos) die Gefahr klein zu reden. Der Großteil der Straftaten seien Propagandadelikte wie der Hitlergruß oder das Tragen von Nazi-Symbolen. „Zu sagen, die rechte Szene ist auf dem Vormarsch, ist falsch“, pflichtete Vahldieck bei.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion warnte dagegen vor einer Verharmlosung der rechtsextrem motivierten Straftaten. „Nagel bagatellisiert den Anstieg der rechten Kriminalität“, sagte Andreas Dressel. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion forderte, der CDU-Senat müsse die Maßnahmen behördenübergreifend verstärken. Wer den dramatischen Anstieg nur auf ein paar Hakenkreuz-Schmierereien und eine höhere Anzeigebereitschaft der Bevölkerung schiebe, registriere die Warnsignale dieser Entwicklung nicht. „Es besteht die reale Gefahr, dass die rechten Parteien für die Bürgerschaftswahl im Februar 2008 aufrüsten“, sagte Dressel. Und der GAL-Abgeordnete Till Steffen warnte: „Die Verbreitung rechtsextremer Propaganda ist vielfach nur der erste Schritt für eine Eroberung des öffentlichen Raums durch Rechtsextremisten.“

Volker Stahl

Ausland

„Herkunftsfranzosen“

Der rechtsextreme Front National will den Wahlkampf dieses Mal mit „Inländerbevorzugung“ bestreiten.

Der Aufruf des Chefs ist nicht befolgt worden. Am 1. Mai dieses Jahres, zwischen den beiden Wahlgängen der Präsidentschaftswahl, hatte Jean-Marie Le Pen seine Anhänger dazu aufgefordert, sich bei der zweiten Runde der Stimme zu enthalten.

Der „harte Kern“ der Parteigänger des Front National hat den Appell, den Le Pen vor circa 4 000 Teilnehmern an seinem jährlichen „Marsch für die Nationalheilige Jeanne d'Arc“ vor der Pariser Oper erließ, sicherlich unterstützt und befolgt. Ihnen ist der Hass auf Nicolas Sarkozy, den „Schwindler“ und „politischen Hochstapler“, der ihnen die Stimmen weggenommen hat, der in ihren Augen zudem ein „Ausländerkind“ ist – sein Vater war ein ungarischer Adeliger – ins Gesicht geschrieben. Aber das Gros der „einfachen“ Wähler, des Massenpublikums der rechtsextremen Partei, ließ sich davon nicht beeindrucken. Zwei Drittel von ihnen stimmten in der Stichwahl für Sarkozy, dem es bereits im ersten Wahlgang gelungen war, bis zu 28 Prozent (laut „Le Monde“) der Wähler/innen Le Pens von 2002 zu gewinnen. Sarkozy hatte sich im Wahlkampf explizit an die bisherigen Anhänger des rechtsextremen Kandidaten gewandt und um ihre Stimmen geworben, hatte den Schutz der „nationalen Identität“ und eine schärfere Zuwanderungspolitik versprochen.

Innerhalb der extremen Rechten wird seit der Wahlniederlage heftig gestritten. Die Wochenzeitung „Minute“, die eine Scharnierfunktion zwischen dem Front National und Fraktionen der konservativen Rechten einnimmt, berichtete am 25. April über eine Wahlfeier, bei der die Fäuste flogen. Am 22. April kam es bei der Pariser Veranstaltung des FN zu heftigen Reibereien – aus Anlass des Besuchs des „Komikers“ Dieudonné M'bala. Der farbige französische Antisemit hatte bereits am 11. November 2006 an Le Pens „Präsidentschaftskonvent“ in der Pariser Vorstadt Le Bourget teilgenommen. Aber bei den Teilnehmern des Wahlabends am 22. April sahen nicht alle gerne sein Kommen. Rund 30 rechtsextreme Hooligans des Pariser Fußballclubs PSG (Paris-Saint Germain) stürzten sich in der Halle auf ihn, um ihn physisch zu malträtieren. In ihren Augen ist Dieudonné nicht in erster Linie der taktische Bündnispartner – der es in den Augen mancher rechtsextremer Kader erlauben soll, politische Konfusion tief hinein in die Reihen der Einwanderungsbevölkerung zu tragen –, sondern der afrikanischstämmige „Mischling“, der in der französischen Politik nichts zu suchen hat. Daraufhin musste der DPS, der FN-eigene Ordnerdienst, ihm zu Hilfe eilen, es kam zum Handgemenge.

An anderer Stelle, in einem langen Artikel unter dem Titel „Die Ursachen für den Flop Le Pens“, analysiert „Minute“ die Gründe für den Rückgang an Stimmen. Die rechtsextreme Zeitung betrachtet so im Nachhinein die unter anderem mit dem Namen des Schriftstellers und Wahlkampfberaters Alain Soral – eines früheren Linken – verbundenen Versuche der politisch-ideologischen Spurenverwischung und so genannten Entdiabolisierung als schädlich. „Eine Reihe von Signalen an die Franzosen ausländischer Herkunft“, schreibt „Minute“, „von dem Besuch Dieudonnés beim Präsidentschaftskonvent im Herbst bis zum Abstecher Le Pens in (der Pariser Trabantenstadt) Argentueil im April, haben dazu beigetragen, einen Teil seiner Wählerschaft zu desorientieren: diese 'gebürtigen Herkunftsfranzosen' (Français de souche), denen er möglicherweise den Eindruck vermittelt hat, dass er ihnen nicht mehr dieselbe Aufmerksamkeit widmet wie früher.“

In die Parlamentswahlen vom 10. und 17. Juni möchte der FN deshalb mit einem „traditionelleren“ Profil ziehen. Die Wahlkampfführung übernahm der FN-Generaldelegierte Bruno Gollnisch, der innerparteilich gegen die „Modernisierer“ um die Tochter des Chefs, Marine Le Pen opponiert – nachdem diese mit der „strategischen Leitung“ des Präsidentschaftswahlkampfs betraut worden war. Ersten Angaben zufolge möchte der FN dieses Mal vor allem „klassische“ Themen bedienen und Wahlkampf für die „Inländerbevorzugung“ (Préférence nationale) bei Arbeitsplätzen und Sozialleistungen, für eine erschwerte Einbürgerung von in Frankreich geborenen Zuwandererkindern, für die „Abschiebung straffälliger Einwanderer“ und gegen einen türkischen EU-Beitritt machen.

Bernhard Schmid

Blick in die Zeitgeschichte

Massaker aus Rache

Vor 65 Jahren machten die Nazis den Ort Lidice dem Erdboden gleich - die Bevölkerung wurde ermordet oder deportiert.

Sie kamen in den frühen Morgenstunden des 10. Juni 1942. Ihre Fahrzeuge hatten sie sie am Ortsrand geparkt, um die Menschen möglichst im Schlaf zu überraschen. Die SS-Männer drangen in die wenigen Häuser des rund 500-Seelen-Ortes ein, nahmen die Männer fest und trieben die Frauen auf einer anderen Straße zusammen, während die 98 Kinder in ein Gebäude gehen mussten. Alle 192 Männer und 71 Frauen wurden an Ort und Stelle ermordet, die restlichen 198 Frauen ins KZ Ravensbrück bei Berlin deportiert, die Kinder im Laufe der folgenden Tage in deutsche „Erziehungsanstalten" gebracht. Nur 16 überlebten. Was aus den anderen geworden ist, weiß niemand. Mitten im Ort beobachtete NS-Prominenz das Massaker: der Chef des SS-Reichsicherheitshauptamtes Ernst Kaltenbrunner, und der Staatssekretär des „Reichsprotektors von Böhmen und Mähren" Reinhard Heydrich, Karl Hermann Frank. Der Name des Ortes östlich von Prag: Lidice.

Den Massenmord hatte Hitler persönlich angeordnet – als Rache für seinen Stellvertreter in der unterjochten Tschechoslowakei, Reinhard Heydrich. Auf ihn hatten am 27. Mai 1942 die tschechischen Widerstandskämpfer Jan Kibis und Jozef Gabcik ein Attentat verübt. Heydrich fühlte sich in Prag so sicher, dass er auf Leibwächter verzichtete. Das wurde ihm zum Verhängnis. Auf dem Weg zu seinem Amtssitz in Prag musste der Fahrer in einer engen Kurve bremsen. Das nutzten die Attentäter für den Anschlag. Sie sprengten den Wagen Heydrichs mit Handgranaten in die Luft. Heydrich wurde schwer verletzt. Am 4. Juni starb er – an einem Rosshaar, das in seine Milz eingedrungen war, und das die Ärzte nicht bemerkt hatten. Während Hitler einen großen Staatsakt in Berlin befahl, setzte die Suche nach den Attentätern ein. Über das ganze Land wurde der Ausnahmezustand verhängt. 5 000 Städte und Dörfer wurden binnen 24 Stunden durchsucht. 30 000 Tschechen sollten auf Befehl Hitlers hingerichtet werden, was Staatssekretär Frank nachträglich rückgängig machen durfte, nachdem die mutmaßlichen Attentäter gefunden worden waren. Frank tat das nicht aus humanitären Motiven, sondern weil das NS-Regime auf die Waffenfabriken der Region angewiesen war. Nach 30 000 Morden wäre die Produktion zusammengebrochen.

Die Suche nach den Tätern erwies sich als äußerst mühsam. Sie waren von der tschechischen Exilregierung aus England nach Prag geschickt worden, um Heydrich zu töten. Es sollte ein Signal für andere Anschläge auf Nazigrößen sein, damit sich die Beziehungen zwischen den Besatzern und der Bevölkerung verschlechterten. Alles war minutiös vorbereitet worden. Die beiden Männer hatten nach dem Anschlag in Kirchen Unterschlupf gefunden, wurden aber von Einheimischen verraten. Als SS-Angehörige in eine Kirche eindrangen, stießen sie auf heftigen Widerstand aus der Krypta. Deshalb überlegten sie, die Kryta zu fluten und die Attentäter zu ertränken. Doch schließlich wurden die doch erschossen. Nun setzte die Suche nach ihren Verstecken ein. Dabei geriet Lidice ins Visier der Fahnder. Dort sei den Attentätern geholfen worden. So fiel der Beschluss, den Ort dem Erdboden gleichzumachen. Nach den Morden kamen Angehörige des „Reichsarbeitsdienstes", um die Ruinen der Häuser abzureißen. Von Lidice sollte nichts übrig bleiben.

Noch schlimmer als Lidice erging es der Ortschaft Lezaky ebenfalls östlich von Prag, wo Radiosender des Widerstands entdeckt wurden. Dort wurde die gesamte erwachsene Bevölkerung ermordet. Die Kinder kamen in deutsche „Umerziehungslager". Es waren zwei. Die anderen Mädchen und Jungen erfüllten nicht die „rassischen" Voraussetzungen, um aus ihnen „Deutsche" zu machen. Von diesem Ort spricht heute niemand, während Lidice ähnlich wie Oradour sur Glane in Frankreich Symbole nazistischer Verbrechen geblieben sind. Von den verschleppten Kindern und Frauen aus Lidice sowie deren Freunden und Verwandten wurden 252 am 24. Oktober 1942 im Konzentrationslager Mauthausen im Gas erstickt. Dafür gibt es genaue Berichte und Dokumente sowohl aus der Prager SS-Zentrale als auch aus Mauthausen.

Am Jahrestag des Massenmordes wird im wieder aufgebauten Lidice der Opfer gedacht. In der Gedenkhalle sind die Namen der Toten festgehalten. Die Erinnerung an den 10. Juni 1942 lebt zumindest bei den Älteren fort. *Heiner Lichtenstein*

Meldungen

„Meinungsfreiheit für Deutsche"

Krefeld – Die NPD-Kreisverbände Krefeld und Mönchengladbach sowie „Freie Nationalisten" rufen für den 21. Juli zu einer Demonstration in Krefeld auf. Zuletzt waren am 13. Februar etwas mehr als 150 Neonazis in der nördlich von Düsseldorf gelegenen Stadt auf die Straße gegangen. „Meinungsfreiheit auch für Deutsche" soll laut einer im Internet eingerichteten Sonderseite zur Demonstration das Motto der Veranstaltung am 21. Juli sein. Auf Flugblättern wird es ergänzt um den Zusatz „Gegen Inländerdiskriminisierung" (Schreibweise im Original). Doch so ganz sicher scheint man sich bei den Veranstaltern noch nicht zu sein, wofür oder wogegen sie eigentlich aufmarschieren wollen. Auf anderen Flugblättern, die zum Download angeboten werden, werden als Veranstaltungsthemen wahlweise „Demo für soziale Gerechtigkeit", „Gegen Sozialabbau", „Her mit dem schönen Leben" oder „Krefeld braucht Alternativen" angegeben. Starten soll die Demonstration um 12.00 Uhr am Hauptbahnhof. (ts)

Konspirative Organisatoren

Inden – Im Kreis Düren hat am 19. Mai das „bundesweite Schlageter-Treffen" – auch: „Tag des Nationalen Widerstandes" – in Kooperation zwischen NPD und „Kameradschaften" stattgefunden. Offizielle Organisatoren des jährlich rund um den Todestag des Freikorpskämpfers Albert Leo Schlageter stattfindenden Treffens war in diesem Jahr die „Kameradschaft Aachener Land" (KAL) und der NPD-Kreisverband Düren. Schlageter führte bei der Ruhrbesetzung 1923 einen Stoßtrupp gegen die französischen Besatzer, wurde verhaftet und hingerichtet und galt schon unter den Nationalsozialisten als Märtyrer. Das Treffen mit 100 (Polizei) beziehungsweise 150 (NPD) Besuchern fand in einem Festzelt auf dem Anwesen des Dürener NPD-Kreischefs Ingo Haller im ländlich-abgelegenen Ortsteil Pier der Gemeinde Inden statt. Angekündigt hatte die rechtsextreme Szene eine konspirativ organisierte Saalveranstaltung. Redner waren der ehemalige Waffen-SS-Mann Otto Riehs, der NPD-Kader Ralph Tegethoff, der Neonazi-Kader Sven Skoda sowie der Vorsitzende der Niederländischen Volks-Union Constant Kusters. Aufgetreten ist laut NPD der rechte Liedermacher Nico. Bei Vorkontrollen beschlagnahmte die Polizei bei anreisenden Neonazis mehrere Pfeffersprays, drei Teleskopschlagstöcke und zwei Messer. Ein 15-Jähriger wurde kurz in Gewahrsam genommen, ein 28-Jähriger inhaftiert, da gegen ihn ein Haftbefehl vorlag. Beobachter halten den ehemaligen Funktionär der verbotenen FAP und heutigen NVU-Funktionär, Christian Malcoci (Neuss), und dessen politischen Ziehsohn Skoda (Düsseldorf) für heimliche Mitorganisatoren des Treffens. (mk)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de